

Antrag Nr. 0049/2004/AN  
Antragsteller: BL, GAL, SPD  
Antragsdatum: 29.09.2004

Stadt Heidelberg  
Dezernat II, Stadtplanungsamt

**Altklinikum Bergheim - Aufstellung eines  
Bebauungsplanes, Erlass einer  
Veränderungssperre, Erlass einer  
Vorkaufsrechtsatzung**

**Antrag**

**Beschlusslauf!**

Die Beratungsergebnisse der einzelnen  
Gremien beginnen ab der Seite 2.2 ff.

Beratungsfolge	Sitzungstermin	Behandlung	Beratungsergebnis	Handzeichen
Gemeinderat	14.10.2004	Ö		
Bauausschuss	07.12.2004	N		
Gemeinderat	16.12.2004	Ö		

- 2.1 -

Der Antrag befindet sich auf der Seite 3.1.

**Sitzung des Gemeinderates vom 14.10.2004**

**Ergebnis:** verwiesen in Bauausschuss

**Sitzung des Bauausschusses vom 07.12.2004**

**Ergebnis:** Antrag wurde behandelt

**Sitzung des Gemeinderates vom 16.12.2004**

**Ergebnis:** Antrag wurde behandelt

# Antrag Nr. 0049/2004/AN

Den 21.9.2004

An Frau Oberbürgermeisterin Beate Weber  
Rathaus  
69117 Heidelberg

Antrag für einen Tagesordnungspunkt:

Altzentrum Bergheim - Aufstellung eines Bebauungsplanes, Erlaß einer Veränderungssperre, Erlaß einer Vorkaufsrechtsatzung

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin,

wir beantragen folgenden Tagesordnungspunkt auf die Tagesordnung der nächsten Gemeinderatssitzung zu setzen:

Altzentrum Bergheim - Aufstellung eines Bebauungsplanes, Erlaß einer Veränderungssperre, Erlaß einer Vorkaufsrechtsatzung

Mit freundlichen Grüßen,

Arnulf Weiler-Lorentz



gez. GAL-Fraktion

gez. SPD-Fraktion

**Der Gemeinderat möge beschließen:**

Der Gemeinderat beauftragt die Frau Oberbürgermeisterin, für dem Bereich Altklinikum Bergheim unverzüglich die Aufstellung eines oder mehrere Bebauungspläne, von Veränderungssperren und von Vorkaufrechtsatzungen vorzubereiten und dem Gemeinderat zur Beschlußfassung vorzulegen.

**Begründung:**

Die städtischen Planungsinstrumente (Bebauungsplan, Veränderungssperre, Vorkaufrechtsatzung) für den Bereich Altklinikum einzusetzen ist dringlich. Man kann nicht davon ausgehen, daß die Interessen der Stadt und des Landes hier deckungsgleich sind. Die bisherigen Verlautbarungen lassen eher das Gegenteil vermuten. Unlängst hat Finanzminister Stratthaus geäußert, das Land wolle in diesem Bereich "eine möglichst hohe Wertschöpfung" erreichen. Deshalb biete sich das Altklinikum für "hochwertigen Wohnungsbau" und für den Dienstleistungssektors an. Offenbar hat die Frau Oberbürgermeisterin hier bereits Zustimmung signalisiert. In der Presseerklärung des Finanzministeriums verlautet, die Stadt habe zugesagt, daß sie hierfür die planungsrechtlichen Voraussetzungen schaffen werde. Eine solche Vermarktung erlaubt jedoch keinen kostengünstigen Wohnungsbau. Bereitstellung von Wohnungen im unteren Preissegment, insbesondere von Mietwohnungen, ist aber bei weitem die wichtigste Aufgabe städtischer Planungsmaßnahmen in Heidelberg. Auch eine weitere Konzentration von Dienstleistungsbetrieben ist wegen der zusätzlichen Verkehrsbelastung der Innenstadt städtebaulich nicht wünschenswert. Der Gemeinderat ist aufgefordert, die Vorgaben für die Stadtentwicklung in diesem sensiblen innerstädtischen Bereich festzulegen.

Heidelberg, den 6.10.2004

Antragsteller: Arnulf Weiler-Lorentz

<b>Anlage zur Drucksache:</b>	
<b>Lfd. Nr.</b>	<b>Bezeichnung</b>
A 1	Erweiterungsantrag der Bunten Linken mit Datum vom 02.11.2004

